

diese Weise die Erfahrung der Differenz in sich groß werden lasse, „ist um so mehr an das *Beten* verwiesen“. In der Tradition und Sprache unseres Glaubens sei Gott ja nicht nur die Metapher für die größte unserer Sehnsüchte, sondern er sei darüber hinaus und vor allem die „letzte Appellationsinstanz für die Einlösbarkeit unserer Lebenswünsche“. Zum christ-

lichen Umgang mit Differenz gehöre drittens aber auch das *Feiern*, denn „wo ein Fest gelingt und Menschen zueinander finden, wird uns für Stunden, manchmal vielleicht auch nur für Augenblicke deutlich, daß unser Traum von wahrer Identität und wirklicher Beheimatung mehr sein kann als nur ein Traum.“

Alexander Foitzik

Versöhnung und Armutsbekämpfung

Die Aufgaben der Kirchen im neuen Südafrika

Im Kampf gegen die Apartheid spielten die christlichen Kirchen Südafrikas eine wichtige Rolle. Im demokratischen Südafrika engagieren sie sich vor allem für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse und arbeiten mit beim Bemühen um Versöhnung. Unsere Autorin Helga Dickow hat kürzlich wieder Südafrika besucht und Gespräche mit Kirchenführern geführt.

Mit den ersten freien Wahlen in Südafrika im April 1994 endete die lange Zeit der Apartheid. In Südafrika ist nunmehr demokratische Normalität eingeleitet. Für die dem alten System eng verbundenen *Bürokratien* bedeutete dies nicht nur den Abschied vom Glauben an die Gottgegebenheit der Apartheid, sondern auch von der Nähe zur politischen Macht. Diejenigen Kirchen, die sich der Apartheid widersetzt hatten, befanden sich plötzlich in einer völlig anderen Lage. Der *Südafrikanische Kirchenrat*, seine Mitgliedskirchen und auch die katholische Kirche waren in den achtziger Jahren, als auch die letzten politischen Organisationen des Protests gegen die Apartheid verboten und unterdrückt worden waren, nolens volens zu dem einzig verbliebenen Sprachrohr der Bevölkerungsmehrheit geworden. Dies brachte sie zwangsläufig den grundlegenden Positionen des ANC sehr nahe.

Wurden sie nach dem Wahlsieg des ANC 1994 auch zu triumphierenden Kirchen, stehen sie heute der neuen politischen Macht etwa ebenso nahe wie zuvor die Bürokratien der alten?

Vom kirchlichen Dienst in die staatliche Verwaltung

Während der Jahre der Konflikte hatten die führenden Persönlichkeiten dieser Kirchen, allen voran der ehemalige anglikanische Erzbischof *Desmond Tutu*, immer wieder hervorgehoben, daß sie eine politische Rolle nur als Stellvertreter für alle die übernahmen, die nicht frei sprechen durften oder im Exil lebten. Tutu blieb dem treu, was er angekündigt hatte. Er nahm Abschied von der Politik und widmete sich wieder ausschließlich seinem kirchlichen Amt.

Einige seiner Amtsbrüder erwiesen sich dagegen eher als Politiker im geistlichen Gewand. *Smangaliso Mkhathshwa*, ehemaliger Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz, entschied sich gegen den Willen seines Bischofs für eine politische Karriere. Er wurde Abgeordneter und hat es inzwischen zum stellvertretenden Erziehungsminister gebracht. *Stanley Mogopa*, Bischof und acht Jahre lang Präsident der methodistischen Kirche, ließ sich zum Vorsitzenden des Panafrikanischen Kongresses (PAC) wählen. Ihm ging es freilich weniger um Karriere als um den Versuch, diese in den Wahlen wenig erfolgreiche und zerstrittene Partei vor Zerfall und Radikalisierung zu bewahren, sie zu einer glaubwürdigen schwarzen Opposition auszubauen.

Unter den Kirchenführern blieben diese Fälle Ausnahmen. Anders sah es freilich bei den *Laienmitarbeitern* der Kirchen und ihrer pastoralen und sozialen Einrichtungen aus. In der staatlichen Verwaltung gab es nach dem Regierungswechsel einen hohen Bedarf an qualifizierten Schwarzen, Coloureds und Indern: die bisher benachteiligten Bevölkerungsgruppen sollen nunmehr angemessen an der Beamenschaft beteiligt werden. Benachteiligt waren diese Gruppen aber nicht zuletzt durch das Bildungswesen der Apartheidzeit. Vor allem die Kirchen hatten sich daher um die Ausbildung von Schwarzen bemüht, und ihre Einrichtungen hatten ihnen zahlreiche Arbeitsplätze geboten. Als der neue Staat für attraktive Stellen qualifizierte Mitarbeiter suchte, wechselten zahlreiche Kirchenangestellte in den Staatsdienst über. Ebenso wie die Kirchen hatten übrigens auch zahlreiche Nichtregierungsorganisationen unter einem solchen *brain drain* zu leiden: während ihre Zuschüsse aus Übersee nach der politischen Wende drastisch sanken, bot der Staat ihren Mitarbeitern deutlich besser dotierte Stellen an. Die Kirchen sahen die Abwanderung ihrer führenden Laien in Politik

und Verwaltung freilich nicht in erster Linie als einen Verlust an, sondern als einen Dienst, den sie dem neuen Südafrika leisten konnten – und vor allem als eine Normalisierung: die Laien können nunmehr ihren Platz im öffentlichen und staatlichen Leben einnehmen, der ihnen zuvor verwehrt war.

Aber nicht nur Laien, sondern auch Geistliche sahen sich vor neue gesellschaftliche Aufgaben gestellt. Selbst Desmond Tutu konnte sich entgegen seinem Wunsch nicht ausschließlich dem geistlichen Dienst widmen. Als Präsident Nelson Mandela ihn zum Vorsitzenden der *Wahrheits- und Versöhnungskommission* berief, konnte und wollte er sich dieser Aufgabe nicht entziehen, die ihn sowohl als politischen Menschen wie als Mann der Kirche forderte. Diese Kommission ist charakteristisch für den Umgang des neuen Südafrika mit der Vergangenheit, geprägt vom Willen, der Gerechtigkeit Genüge zu tun, aber gleichzeitig zur Versöhnung früherer Gegner beizutragen. Die neue politische Führung und auch die Kirchen wollten weder eine Generalamnestie wie in Chile noch eine Strafverfolgung wie die Nürnberger Prozesse im Nachkriegsdeutschland. „Vergeben, aber nicht vergessen“ ist das Ziel der Kommission. Die politisch motivierten Verbrechen aller am Kampf beteiligten Seiten, also der Apartheidregierung wie auch der Befreiungsorganisationen, werden aufgeklärt, geständigen Tätern wird Amnestie gewährt und den Opfern der Gewalt eine zumindest symbolische Entschädigung geleistet.

Gab es anfänglich zahlreiche skeptische Stimmen zu diesem anspruchsvollen Versuch, dem Recht Genüge zu tun und gleichzeitig Versöhnung zu ermöglichen, so hat die bisherige Arbeit der Kommission weitgehend einhellige Zustimmung gefunden. Die Öffentlichkeit verfolgt sie mit großer Anteilnahme. Die Sitzungssäle der Kommission sind voll besetzt, überwiegend von Schwarzen. Einmal wöchentlich wird über die Verhandlungen im Fernsehen berichtet; die Einschaltquoten sind überaus hoch.

Viele Weiße lernen zum erstenmal das Ausmaß und die Brutalität der unter dem Apartheidsystem begangenen oder geduldeten Verbrechen kennen. Viele Schwarze erhalten jetzt Gewißheit über das Schicksal seit Jahren vermißter und ermordeter Freunde und Angehöriger, und sie erfahren Trost in öffentlicher, von vielen geteilter Trauer.

Offensichtlich hat vor allem die Vermittlung des Gefühls, jetzt endlich ernstgenommen zu werden, eine versöhnende Wirkung. Forderungen nach Rache sind nicht laut geworden. In einigen wenigen Fällen bestehen Angehörige von Opfern auf regulären Gerichtsverfahren, so die des unter besonders üblen Umständen ermordeten Führers der *Black Consciousness-Bewegung*, Steve Biko. Der versöhnende Geist der Kommission wirkte auch weiter bei ihren Anhörungen und Verhandlungen in KwaZulu-Natal, der Provinz, die am meisten unter politischer Gewalt gelitten hat. Das dem so ist, dürfte nicht zuletzt dem Einfluß Tutus und anderer Geistlicher zuzuschreiben sein, die in der Kommission mitwirken – Tutus Stellvertreter ist der ehemalige Me-

thodistenpräsident Alec Boraine, und Bischof Khoza Mgojo, früherer Vorsitzender des Südafrikanischen Kirchenrats, ist ein herausragendes Kommissionsmitglied.

Die katholische Kirche ordnete zwar keinen Geistlichen in die Kommission ab, forderte aber ihre Gläubigen, ob Opfer oder Täter, eindringlich auf, vor der Kommission auszusagen und Fragen zu stellen. Tutu wird nicht müde zu betonen, wichtigstes Ziel des Verfahrens sei die Versöhnung, die nur durch das Offenlegen der Wahrheit möglich sei. Die Anhörungen der Kommission finden in einer fast andächtigen Atmosphäre statt. Sie erinnern mehr an einen Gottesdienst als an einen Prozeß.

Freilich hätte wohl der Einfluß der Kirchen und ihrer Vertreter in der Kommission allein nicht ausgereicht, um dem Geist der Versöhnung über dem der Rache Vorrang zu geben, hätte sich nicht Präsident Mandela selbst immer wieder für Versöhnung ausgesprochen. Trotz der 27 Jahre Haft, die er erleiden mußte, läßt er keine Verbitterung erkennen und bemüht sich um jede noch so kleine Geste der Vergebung und Verständigung. Vor kurzem empfing er selbst den Richter, der ihn 1962 verurteilt hatte.

Nicht auf das Wächteramt verzichten

Die Teilnahme an der Aufgabe der Versöhnung und die erneute Zuwendung zu pastoralen Aufgaben hat die Kirchen jedoch nicht dazu geführt, daß sie der Regierung des neuen Südafrikas unkritisch gegenüberstehen. Nach einhelligen Aussagen der Führer gerade der zuvor besonders im Kampf gegen die Apartheid engagierten Kirchen halten sie es für geboten, auch einer demokratisch gewählten, vom ANC getragenen Regierung gegenüber der Rolle weiterhin gerecht zu werden, die sie als die eines „Wachhundes“ bezeichnet haben. Auf keinen Fall wollen sie, daß die einstigen Anti-Apartheidkirchen die neue Regierung ebenso legitimieren wie zuvor die reformierten Burenkirchen die alte. Sie möchten sich nicht nachsagen lassen, sie seien der „ANC im Gebet“ ebenso, wie jene einst als die „Nationale Partei im Gebet“ galten, sondern wollen ihre Unabhängigkeit bewahren und ihr Wächteramt mit Nachdruck wahrnehmen. Die katholische Kirche nimmt sich in diesem Bemühen insbesondere die Kirche Simbabwe in der Zeit nach der Unabhängigkeit dieses Landes als Vorbild. Im Vergleich zur Apartheidzeit hat sich freilich Stil und Verfahren der für notwendig gehaltenen Kritik an der Regierung geändert.

Der erste stellvertretende Vorsitzende der Südafrikanischen Katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Wilfred Napier von Durban, beschreibt das folgendermaßen: „Vergleichen wir unsere Reaktion auf das neue Abtreibungsrecht mit der auf die Erziehungspolitik der alten Regierung: Damals wurden die Kirchenschulen im neuen Schulgesetz einfach nicht erwähnt. Auf uns wurde nicht gehört. Deshalb gingen wir an die Öffentlichkeit und bekamen prompt in der folgenden Woche einen Gesprächstermin bei der Regierung, um die Dinge zu klären. Kurz: Unter der Regierung der Nationalen

Partei gaben wir erst eine Erklärung heraus und sprachen dann mit ihr. Aus langer Erfahrung hatten wir gelernt, daß anders keine Kommunikation möglich war.

Seit 1990 gehen wir jetzt anders vor, weil auch die Regierung anders vorgeht. Mandela lädt die Kirchenführer ein und berichtet über die Probleme. Wenn wir mit einer Sache nicht einverstanden sind, gehen wir jetzt zuerst zur Regierung, und erst dann, wenn wir mit einem niedrigen Profil nichts erreichen, an die Öffentlichkeit. Gegen das Abtreibungsgesetz haben wir uns sehr gewehrt.“

Der Einfluß der Kirchen ist allerdings begrenzt

Das neue *Abtreibungsgesetz* wurde zum Gegenstand heftiger Meinungsverschiedenheiten und intensiver Spannungen zwischen allen Kirchen und der neuen Regierung. Zunächst protestierten die Kirchen diskret, dann mit Vehemenz in der Öffentlichkeit. Das Resultat der Auseinandersetzung legte die Grenzen des Einflusses der Kirchen offen. Die ANC-Fraktion im Parlament setzte das neue Gesetz unter Einsatz des Fraktionszwangs durch – Smangaliso Mkhathshwa entzog sich der Abstimmung durch Abwesenheit. Südafrika hat nun trotz des Widerspruchs der Kirchen ein Gesetz, das – im internationalen Vergleich – Abtreibung rechtlich wenig erschwert. Der „Wachhund“ zeigte zwar seine Zähne, konnte aber letztlich nicht verteidigen, was er zu wahren hoffte.

Positiver war die Bilanz der Kirchen in einer anderen Aufgabe, vor die sie sich in der immer noch unter gewaltsamen politischen Konflikten zerrissenen Provinz KwaZulu-Natal gestellt sahen. Anhänger des ANC und der Inkatha Freedom Party (IFP) führten dort immer noch einen blutigen Kleinkrieg weiter. Die Kirchen und insbesondere die Kirchenführer der Provinz konnten als einzige in diesen Konflikten unparteiisch vermitteln. Zwar häufen sich inzwischen auch die Bemühungen der beiden Parteispitzen, die Konfliktparteien auszusöhnen. Dennoch ist die Vermittlerrolle der Kirchen nach wie vor ein wichtiger Bestandteil der Friedenssicherung.

Erzbischof Napier beschreibt eine Beerdigung im Januar 1997, die die kirchliche Position festigte: „Sechs Mitglieder einer Gemeinde waren umgebracht worden, und man wußte nicht, von wem. Beide Parteien beschuldigten sich gegenseitig, während die Gemeinde um ihre toten Mitglieder trauerte. Aber zum ersten Mal waren die Provinzfürher von ANC und IFP, *Jacob Zuma* und *Frank Mdlalose*, gemeinsam bei einer Beerdigung anwesend. Und beide verkündeten in ihrer Ansprache, wenn man herausfinden sollte, daß Mitglieder ihrer Partei für das Massaker verantwortlich wären, sie aus der Partei ausschließen zu wollen. Das erleichtert uns die Arbeit für Versöhnung ungemein; wir können jetzt nämlich die Provinzfürher zitieren, und unsere Argumente erhalten damit zusätzliches Gewicht. Auf jeden Fall bleiben wir in dieser Provinz weiterhin in der Vermittlerrolle, solange die Gewalt nicht völlig ein Ende findet.“

Andere Herausforderungen sind weniger spektakulär, aber schwieriger, langwieriger und weitreichender. Nach dem Ende der politischen Transformation treten die *sozialen Unterschiede und Gegensätze* mit besonderer Härte hervor. In den Vorhaben der Kirchen wie in denen der Regierung spielt die Armutsbekämpfung eine große Rolle. Angesichts ihrer begrenzten Mittel können sie nur bescheiden sein. Sie bemühen sich, ihre Gläubigen zur Selbsthilfe bei der Schaffung von Wohnraum, von Arbeitsplätzen im informellen Sektor und insbesondere bei der Fort- und Weiterbildung anzuleiten und zu organisieren. Ihr seit jeher starkes Engagement im formalen Bildungswesen führen die Kirchen mit Nachdruck weiter. In der Überzeugung, daß gute Bildung langfristig am meisten zur Armutsbekämpfung beiträgt, konzentrieren sie hierauf einen erheblichen Teil ihrer personellen und finanziellen Ressourcen.

Ein zentraler Gegenstand innerkirchlicher ebenso wie öffentlicher Debatten ist die offenkundige Krise der Moral und ethischer Werte in der südafrikanischen Gesellschaft. Täglich bringen die Zeitungen neue Schreckensmeldungen über wachsende Kriminalität und zunehmende Brutalisierung. Von den Kirchen wird Abhilfe durch moralische Orientierung erwartet. Wie wirksam sie dabei sein können, bleibt abzuwarten. Im heutigen Südafrika gibt es zwar durchaus einen Grundkonsens über die Werte, die das Zusammenleben bestimmen sollen, und diese Werte sind überwiegend christlich geprägt. Weniger die Normen sind in Frage gestellt als vielmehr deren Befolgung unter den Bedingungen extremer Armut und geringer Hoffnung, dieser Armut durch ehrliche Arbeit zu entkommen.

Trotz vieler Krisen herrscht kein Pessimismus vor

Die Kirchenführer sind sich der Tatsache bewußt, daß Abhilfe weniger von intensiverer Anmahnung zu verantwortlichem Verhalten zu erwarten ist als vielmehr von der Schaffung struktureller Voraussetzungen dafür, ein Leben entsprechend den prinzipiell nicht bestrittenen Lehren führen zu können. Diese Einsicht führt sie zurück zur Betonung der sozialen Arbeit, auch wenn diese nur in kleinen Schritten und durch Ausdauer Erfolg versprechen kann.

Aller drückenden Probleme zum Trotz herrscht in den Kirchen wie in der gesamten südafrikanischen Gesellschaft insgesamt durchaus kein Pessimismus. Man freut sich über kleine Fortschritte, und gerade über solche, die man nicht als erste erwartet hat. Ein Erlebnis Erzbischofs Napiers läßt dies anschaulich erkennen: „Vor kurzem habe ich eine unserer Schulen besucht und eine Lehrerin gefragt, wie viele Kinder von jeder (*Rassen-*)Gruppe in ihrer Klasse sind. Sie wußte es nicht. Dann habe ich ein Mädchen gefragt. Es wußte es auch nicht. Dafür wußte es aber genau, wie viele Jungs in ihrer Klasse sind. Das zeigt doch viel, nicht wahr?“

Helga Dickow